

# Vermont will Genfood kennzeichnen

## US-Bundesstaat gegen Monsanto

In der EU hat eine Pflicht zur Kennzeichnung die Gen-Lebensmittel praktisch verhindert. Jetzt versucht ein US-Bundesstaat das Gleiche.



Gebt uns das Label! Demo für die Gen-Kennzeichnung in Vermont. Bild: reuters

BERLIN *taz* | Vermont ist der erste US-Bundesstaat, in dem die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln Pflicht werden soll. Gouverneur Peter Shumlin unterzeichnete am Donnerstag ein Gesetz an, nach dem Gentech-Lebensmittel gelabelt werden müssen.

Vorgesehen ist, dass Produkte mit genmanipuliertem Material in Supermärkten künftig mit "produced with genetic engineering" - „produziert mit Gentechnik“ - gekennzeichnet werden müssen, außerdem dürfen die Waren nicht mehr als "natural" bezeichnet werden. Wer nicht vorschriftsgemäss kennzeichnet, muss mit einer Strafe von 1000 US-Dollar am Tag rechnen.

Noch sind die Regelungen nicht in Kraft. Das Gesetz soll erst im Juli 2016 gelten. Die Industrie hat bereits Klagen angekündigt. Monsanto, der weltweit größte Gentech-Konzern, kritisierte die Regelung aus Vermont. Sie stifte „Verwirrung und Unsicherheit für Konsumenten“.

In der EU sorgt eine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel dafür, dass es praktisch keine manipulierten Waren zu kaufen gibt. Die Mehrheit der Verbraucher hält sie für gefährlich. Der gesellschaftliche Druck ist hoch: Vor Berliner Videotheken, die Gen-Snacks anboten, positionierten sich Greenpeace-Aktivisten, die auf die Praxis aufmerksam machten.

**Regelung soll erst ab 2016 gelten**

Auch in den USA ist Genfood umstritten. In den Bundesstaaten Connecticut und Maine gibt es zwar bereits laut der britischen Zeitung *Guardian* Kennzeichnungsgesetze. Sie sind jedoch noch nicht in Kraft, so lange es noch keine anderen Staaten in der Nähe mit Pflichtauszeichnung gibt. In Kalifornien und Washington sind entsprechende Regelungen nach starkem Lobbying der Industrie nicht zustande gekommen. Im Gegensatz zu anderen Bundesstaaten fehlt in Vermont der Passus, dass das Gesetz nur in Kraft tritt, wenn umliegende Bundesstaaten ebenfalls eine solche Pflicht einführen.

Etwa 90 Prozent des in den USA verkauften Weizen, Soja und Raps kommen von gentechnisch verändertem Saatgut. Das heißt, dass es in vielen Produkte vorhanden sein dürfte.

„Wir glauben, dass jeder ein Recht hat, zu wissen, was in seinen Lebensmitteln steckt“, sagte Gouverneur Shumlin bei der Unterzeichnung des Gesetzes. Gleichzeitig bat er um weltweite Unterstützung für die bevorstehenden Prozesse. Vermont will dafür eine Online-Plattform freischalten. „Dann können wir den Gen-Kampf nicht nur für Vermont, sondern für die ganzen USA gewinnen“, sagte Shumlin.